

Grünes
NRW Info

Nr. 4 April 82

GRÜNES THEMA:

Stoppt den Brüter!



"STOP KALKAR"-FEST

Samstag, 25. Juli, ab 14 Uhr

BLASVERBOT
GAS
THE BUTTOCKS
GERT SCHINKEL
LAUT UND LÄSTIG
FLITS
CHECKPOINT CHARLY

Jazz aus Moers
New Wave aus Goch
PUNK aus Hamburg
Liedermacher aus Stuttgart
Straßenmusik aus Kleve
Musiktheater aus Nymegen
Polit-Rock-Jazz aus der Pfalz

Sonntag, 26. Juli, ab 11 Uhr

DER WAHRE ANTON
WALTER MOSSMANN

Theater aus Köln
Liedermacher aus Freiburg

PAUSE

G B O
WANTED
CROOX
K +
DICKY + FRUITCAKES
ÖSTRO 430
FRA FRA SOUND

PUNK aus Rotterdam
New Wave aus Nymegen
New Wave aus Düsseldorf
Hard Rock aus Nymegen
Hard Rock aus Holland
New Wave aus Düsseldorf
Surinamisches Trommel-Orchester
aus Amsterdam

KOMMT ZUM
GRÜNDUNGSFEST
UNSERES ANTI-ATOM-
DORFES UND
BLEIBT !!!



Grüne Friedensbroschüre erschienen

Der Bundesvorstand der GRÜNEN hat unter dem Titel „Entrüstet Euch. Analyse zur atomaren Bedrohung. Wege zum Frieden“ ein Reader herausgegeben, der für alle Grünen, die aktiv in der Friedensarbeit stehen, zur Pflichtlektüre gehören sollte.

Preis: DM 7,- (für KVs DM 5,-).

Bezug: Bundes- oder Landesgeschäftsstelle.

IN EIGENER SACHE

Heft 3 war 3+4. Durch ein Versehen erhielt das letzte Heft nur die Nr. 3. Es war jedoch als Doppelheft Nr. 3/4 (Mai/Juni) gedacht (36 Seiten!).

Das vorliegende Heft erhält daher die Nr. 5.

Neue Zeitschrift: ökopäd

Zu einer verstärkten Einbeziehung ökologischer Probleme in die schulische und außerschulische Bildungsarbeit will die vom „Verein zur Förderung der Ökologie im Bildungsbereich“ in Bensheim herausgegebene Zeitschrift ökopäd beitragen. Die seit Mai in einer Nullnummer vorliegende Zeitschrift wird ab Oktober dieses Jahres viermal im Jahr erscheinen und kann bei ökopäd, Postfach 352, 6140 Bensheim zum Preis von 5,- DM pro Einzelheft bezogen werden.

TERMINE

25./26. Juli: Fest in Kalkar, Beginn des Dorfaufbaus
Juli/August: Ausbau des Anti-Atomdorfes in Kalkar
19. Sept.: Großdemo in Diemelstadt/Wethen
19./20. Sept.: Offenes Beratungswochenende über grüne Landespolitik
2.-4. Okt.: Bundesparteitag in Offenbach
10. Okt.: Große Friedensdemo in Bonn
30. Okt./1. Nov.: Offenes Beratungswochenende über grüne Landespolitik
21./22. Nov.: Landesdelegiertenkonferenz NRW

NEUES LANDESBÜRO

Wahrscheinlich zum 1.8. wird die Landesgeschäftsstelle in neue (ältere) Räume einziehen. Die neue Adresse: Oberbilkler Allee 17, 4 Düsseldorf 1; die Telefon-Nr. bleibt wie bisher. Das neue Büro ist erheblich kleiner und billiger und liegt nur etwa 5 Min. Gehweg vom alten Büro entfernt.

INHALT

AKTIONEN

Aufruf des Landesverbandes zu Kalkar 3
Großdemo in Diemelstadt/Wethen . . . 5
Internationaler Friedensmarsch 16

FRIEDEN

Friedensbroschüre des Bundesverbandes 2
Grünes Friedensfest in Breisach 13
Evangelischer Kirchentag 14
Internationaler Friedensmarsch 16

ENERGIE

Der „Schnelle Brüter“ 6
Wiederaufbereitungsanlage in Wethen . 5

GRÜNES THEMA: WOHNUNGSPOLITIK

Für eine alternative Wohnungspolitik . 6
Neun Thesen 8
Was können die Gemeinden tun? . . . 10

BUNDESVERBAND

Erklärung von Breisach 13
Sitzung des BHA vom 4.7. 13
Evangelischer Kirchentag 14
Interview mit der AL Berlin 15

LANDESVERBAND

Landesvorstandsbericht 17
Blei und Cadmium im Gemüse 18
Bemerkungen zu Bergehaldenkonzept 18
Grüner Landeshaushalt verabschiedet . 19
Leserbrief zur Kreiskassiererkonferenz . 20
Frauenseminare 20

Übrigens: Hans Werner Senfft, aktives Mitglied des Kreisverbandes Gütersloh, ist jetzt hauptamtlicher Mitarbeiter in der BBU-Geschäftsstelle in Karlsruhe geworden.

IMPRESSUM

Herausgeber und Verleger: DIE GRÜNEN NRW, Landesvorstand, Corneliusstr. 15, 4 Düsseldorf 1
Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement: DM 32,- jährlich
Einzelpreis: DM 3,-
Redaktionsadresse: Webereistr. 28, 4800 Bielefeld 1

Bankkonto: 73002669 Sparkasse Bielefeld (BLZ 480 501 61)
Postscheckkonto: 7850-304 Postscheckamt Hannover (BLZ 250 100 30)
Mitarbeiter dieser Ausgabe:
Redaktion: Herbert Even, Verena Krieger, Hans Verheyen (verantw.)
Layout: Herbert Even, Verena Krieger, Hans Verheyen

Redaktionsschluß ist der 1. des Monats

Stoppt den Brüter!

Die Problemlage

Die Auseinandersetzung um den Schnellen Brüter in Kalkar tritt in diesem Jahr in eine entscheidende Phase. Noch in diesem Sommer geht es

- um die 5. und letzte (!) Teilerrichtungsgenehmigung,
- die Ergebnisse der Enquête-Kommission und
- die Entscheidung des Bundestages „für“ oder „gegen“ den Brüter.

Konkret bedeutet das: Wenn nicht ganz schnell die Anti-AKW-Bewegung wieder auf Touren kommt, können wir bald einpacken – und zwar für immer!

Das zur Einschätzung. Doch wir wollen nicht schwarzmalen. Die Entwicklung um den Schnellen Brüter hat in den letzten Monaten eine Reihe von Schwachstellen offenbart, die es auszunutzen gilt.

Ansatzpunkte für Aktionen/ Widerstandsformen

Der Widerstand gegen den Brüter läßt sich um folgende Kristallisationspunkte herum aufbauen:

1. Der Prozeß gegen den Brüter läuft wieder an und wird demnächst entscheidungsreif.

2. Es besteht die Chance, daß im Zusammenhang mit der 5. Teilerrichtungsgenehmigung ein neuer Erörterungstermin angesetzt werden muß, der die Möglichkeit erneuten juristischen Einspruchs eröffnet.

3. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Enquête-Kommission gibt Anlaß zu einer erneuten Debatte um die Risiken des Brüters.

4. Anlässlich der Finanzierungsquellen des Brüters läßt sich die Behauptung vom „billigen Atomstrom“ als Zweckpropaganda der Atomindustrie entlarven.

5. In den Oster-Aktionen der Friedensbewegung läßt sich Zusammenhang und Verzahnung von militärischer und „zivil“ Nutzung der Atomenergie aufzeigen.

Wichtigste strategische Maxime im Moment: Die Vielfalt der Methoden und Widerstandsformen. Das heißt: Um die Absurdität des Konzepts in allen Facetten aufzuzeigen, müssen wir den Kampf um den Brüter an allen Fronten führen. Nur so läßt sich der Brüter verhindern.

Strobo-Aktion: „Kalkargroschen – ohne uns!“

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit wird dabei die Kostenexplosion des Brüters sein müssen. Angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage mit hoher Arbeitslosenrate und Reallohninbußen auf der einen, steigenden Preisen für Konsumgüter und Dienstleistungen auf der anderen Seite, wird der „kleine Mann“ bei weiteren Versuchen, die Kostenlawine

des Schnellen Brüters auf Steuerzahler und Stromkunden abzuwälzen, zunehmend empfindlicher reagieren.

Eine Aktion, die sich gegen steigende Strompreise wendet, dürfte deshalb in weiten Kreisen der Bevölkerung Anklang finden. Darüber hinaus soll die Verweigerung des Kalkar-Anteils an der RWE-Strompreiserhöhung Anlaß sein, die ökonomische Unhaltbarkeit des Brüter-Schildbürgerstreichs klarzumachen.

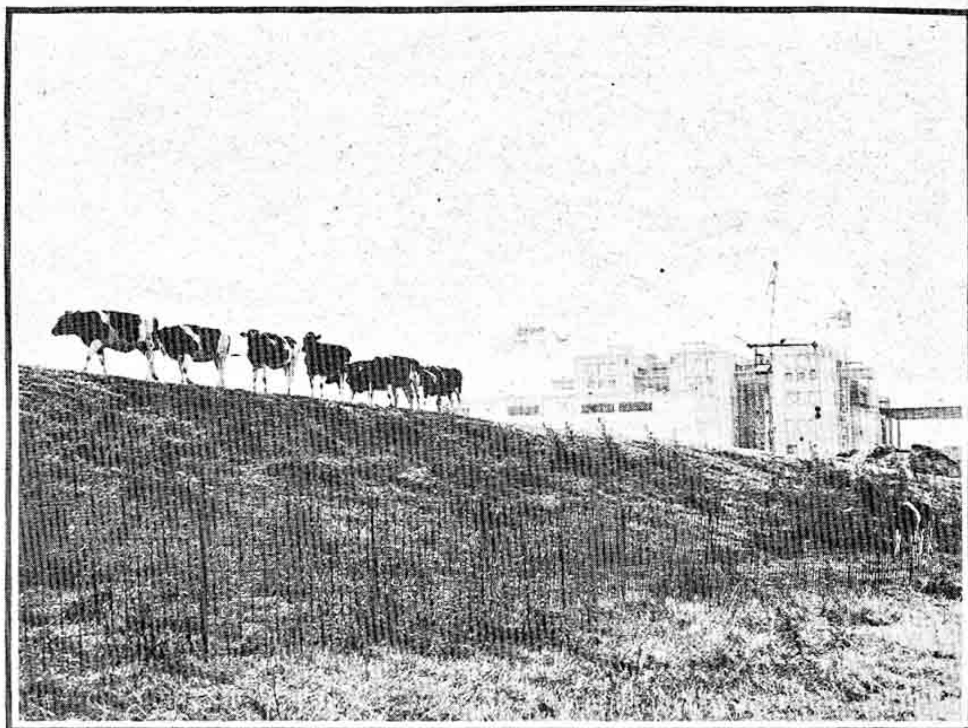
Start der Aktion war die Jahreshauptversammlung der RWE am 25. Februar in Essen. Zum Auslieferungszeitpunkt dieser Ausgabe werden eine Reihe von Informations- und Werbeveranstaltungen in Nord-

kussionen um den Brüter, speziell auch zur Verweigerung des „Kalkargroschens“.

Folgende Städte sind im Programm: Xanten und Wesel (29.3.), Goch (30.3.), Emmerich (31.3.), Kleve (1.4.). Höhepunkt wird die Veranstaltung am 2.4. in Kalkar mit anschließendem „Picknick“ am Brüter sein.

„Mahnwache“ in der Klever Innenstadt

Eine „Mahnwache“ von Karfreitag bis Ostermontag haben die GRÜNEN für den fußläufigen Teil der Klever Innenstadt angekündigt. Die GRÜNEN wollen rund um die Uhr anwesend sein, um auf den Zusammenhang der „friedlichen“ und der



rhein-Westfalen stattgefunden haben: Ratingen (15.3.), Kleve (16.3.), Geldern (21.3.), Bonn (26.3.), Essen (1.4.). Unabhängig von den GRÜNEN hat bereits die Krefelder Umweltschutz-Gruppe „BINKA“ eine ähnliche Strobo-Aktion gestartet.

Die Aktion steckt erst in den Anfängen. Sie bedarf dringend der Erweiterung. Leute aus dem gesamten RWE-Gebiet müssen mitmachen!

Aktionen in der ersten Osterferienwoche

Mit Pferd und Kutsche, Fahrrädern und den Straßenmusikern von „laut und lästig“ führt die Bürgerinitiative „Stop Kalkar“, in denen die GRÜNEN aktiv mitarbeiten, eine groß angelegte Aufklärungskampagne gegen den Brüter durch. Jeweils zu den Marktzeiten finden Informationsveranstaltungen in den Innenstädten statt. Abends gibt's Lieder und Dis-

militärischen Nutzung der Atomenergie und auf die besondere Gefährlichkeit der Brüter-Technologie aufmerksam zu machen. Geschlafen wird in einem Planwagen.

Veranstaltung mit Brüter-Gegnern aus der Enquête-Kommission

Bekanntlich sind die kritischen Wissenschaftler des Öko-Instituts Freiburg sowie der Forschungsgruppen aus Bremen und Heidelberg aus der Enquête-Kommission ausgestiegen, weil ihre Arbeit in jeder Weise hintertrieben wurde. Ihre Kritik an der Enquête-Kommission und am Brüter werden sie am 3. Mai auf einer Veranstaltung in der Klever Stadthalle der interessierten Öffentlichkeit bekanntgeben. Eingeladen dazu wurden u.a. die für Kalkar zuständigen Bundestagsabgeordneten des Kreises Kleve.

**Besuch der Enquête-Kommission
am 10. Mai**

Trotz der Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen werden die Wissenschaftler und Bundestagsabgeordneten das Objekt ihrer Risiko-Studie – den Brüter in Kalkar – besuchen: Nach einer Besichtigung am Vormittag sind für den Nachmittag Gespräche mit Vertretern des Kreistages, der Stadt Kalkar und Bürgerinitiativen vorgesehen. Die GRÜNEN werden sich gut darauf vorbereiten müssen.

Öffentliche Befragung von Bundestagsabgeordneten

In allen Wahlkreisen sollte eine öffentliche Befragung der Bundestagsabgeordneten zum Schnellen Brüter stattfinden. Da die Abgeordneten von der Bevölkerung und nicht von der Elektrizitätswirtschaft gewählt worden sind, muß jeder einzelne Abgeordnete zur Sicherheit, zur Kostenslawine und zum energiepolitischen Stellenwert der Brütertechnologie öffentlich Auskunft geben können.

Hildegard Husung vom BBU bereitet dazu mit uns und der BI „Stop Kalkar“ einen detaillierten Fragekatalog aus.

Großdemonstration

Vor der Entscheidung des Deutschen Bundestages und der erwarteten 5. Teilerrichtungs-genehmigung muß eine internationale Großdemonstration stattfinden (unter Beteiligung von Holländern und Belgiern), um nochmals mit aller Entschiedenheit den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft zu verhindern zu versuchen.

Die Mehrheit der aktiven Brüter-Gegner vor Ort war zunächst gegen eine Demonstration in Kalkar, da Anfang des Jahres nicht abzusehen war, ob das Ergebnis der Demo von 1977 mit rund 50.000 Beteiligten zu übertreffen wäre.

Eine niedrigere Beteiligung wäre aber als mangelnde Mobilisierungsfähigkeit bzw. Schwäche der Anti-AKW-Bewegung interpretiert worden. Als mögliche Alternative wurde Essen ins Gespräch gebracht. Essen bietet sich insofern an, als hier die eigentlichen Auftraggeber und Drahtzieher des Brüters sitzen: Die Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft (SBK) als Auftraggeber, die RWE als Finanzgeber sowie die Hochtief AG als wichtigster Teil der Herstellerindustrie.

Inzwischen haben sich aber die Bedingungen insofern geändert, als „Kalkar“ immer mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und der politischen Bewegung rückt. Nach der Reagan-Demo im Juni darf man deshalb, wenn sich bei der Auseinandersetzung um die „Startbahn West“ nichts außergewöhnlich Spektakuläres ergibt, mit bundesweiter Aufmerksamkeit rechnen.

Standort und genauer Zeitpunkt einer Demo werden allerdings noch mit den anderen Gruppen und Bündnispartnern abzustimmen sein.

Thomas Velten

Kalkargroschen-Aktion:

Kneifzange in der Hand

In den letzten beiden Nummern haben wir bereits ausgiebig über die Aktion „Kalkargroschen – ohne uns!“ berichtet. Hier noch einige Tips zur Rechtslage:

Vorläufer der „Kalkargroschen-Aktion“ war eine Stromgeldverweigerung, die pauschal 10 Prozent der Stromrechnung einbehält. (Der Anteil des Atomstroms an der Gesamtstromerzeugung beträgt ca. 10 Prozent). Ingesamt beteiligten sich an den Aktionen rund 4000 Haushalte aus 83 Städten der BRD.

Die Reaktion der Energieversorgungsunternehmen auf die Stromgeldverweigerung war nicht einheitlich.

Im „Normalfall“ ergab sich folgende Maßnahmenkette:

1. Dem Verweigerer wurde zunächst eine Rechnung über den nachzuzahlenden Differenzbetrag zugeschickt.
2. Bei Nichtreaktion folgte daraufhin ein Zahlschein, der gleichzeitig als erste Mahnung galt.
3. Wenn der Stroboteilnehmer darauf immer noch nicht reagierte, bekam er eine zweite Mahnung, in der gleichzeitig angekündigt wurde, daß er damit rechnen müßte, daß in Zukunft die Stromlieferung eingestellt würde.

Zum Zeitpunkt, an dem die Stromversorger ihre ersten Mahnungen verschicken, kann bis jetzt keine allgemeingültige Linie festgestellt werden. In Dortmund flatterten die Strobo-Leuten nach ca. 4 Wochen die ersten Mahnungen ins Haus. Die VEW reagierte also relativ prompt. In Essen wartete die RWE, bis der nachzuzahlende Rechnungsbetrag die Höhe von ca. einer Monatspauschale erreicht hatte. Die ersten Mahnungen kamen hier erst nach rund 10-12 Monaten. Auch in Krefeld reagierte die RWE recht lasch. Eine Androhung der Stromsperre erfolgte hier erst nach der 5.-6. Mahnung.

Einer Androhung auf Einstellung der Stromlieferung kann man auf folgender Weise begegnen: Man geht (am besten mit einem Rechtsanwalt) zum Amtsgericht und erwirkt dort eine sogenannte „einstweilige Verfügung“ gegen die angedrohte Stromsperre. In einem Schnellverfahren (1-3 Stunden) kann dann der Richter die Maßnahme der RWE stoppen.

Der Zugriff auf den Zähler des Stromkunden ist für die RWE nicht gerade einfach. Leute, die ihren Zähler in der Woh-

nung haben, brauchen der RWE nämlich keinen Zutritt gewähren. Verschaffen sich die RWE-Handlanger gewaltsam Zutritt, machen sie sich wegen „Hausfriedensbruchs“ strafbar. In der Regel werden die RWE-Angestellten wenig Lust auf einen solchen Prozeß haben.

Der Teilnehmer der Stromgeldverweigerung kann in jeder Phase des Strobo abspringen. Der Zeitpunkt bleibt ihm überlassen. Sobald er der RWE die ausstehende Stromrechnung nachgezahlt hat, gilt die Sache als ausgestanden, da der Stromkunde seinen vertraglichen Verpflichtungen ja dann nachgekommen ist.

Selbst wenn die RWE-Arbeiter schon mit der Kneifzange in der Hand vor der Tür stehen, um den Strom abzustellen, ist die Sache problemlos. Die RWE ist in jedem Fall verpflichtet, ihre Ware (=Strom) noch einmal anzubieten. Sobald der angemahnte Betrag nachgezahlt ist, ist die Sache wieder o.k. Theoretisch könnte man einen Rechtsstreit also auch noch verhindern, wenn man 5 Minuten vor dem anberaumten Gerichtstermin seine Gröschelchen nachzahlt.

Wichtig zu wissen: Rechtlich handelt es sich bei den Auseinandersetzungen zwischen RWE und Stromkunden um einen Streit zwischen Geschäftspartnern. Es handelt sich also nicht um einen Straf-, sondern einen Zivilprozeß. Deshalb kann man bei einem verlorenen Prozeß auch nicht bestraft werden. Man wird lediglich gezwungen, den einbehaltenen Betrag nachzuzahlen. Die Zuständigkeit des Zivilgerichts hat bedeutende Folgen. Selbst bei einem verlorenen Prozeß gilt man nicht als vorbestraft, da Zivilprozesse nicht ins Strafregister eingetragen werden.

Fazit: Die Stromgeldverweigerung ist eine gewaltfreie Aktion des zivilen Ungehorsams. Ziel ist, mittels begrenzter Regelverletzungen mit dem RWE und der Öffentlichkeit in eine Inhaltliche Diskussion über die Gefahren der Atomenergie und speziell des „schnellen Brüters“ zu kommen. Warum sollten wir - gegen unser Gewissen - für etwas bezahlen, das wir als tödliche Bedrohung ansehen?

Thomas Velten

Der Pleitebrüter

Zu einem Finanzierungsskandal, der die Dimensionen um das umstrittene Kampfflugzeug „Tornado“ in den Schatten zu stellen droht, entwickelt sich die Kostenslawine beim Bau des Schnellen Brüters in Kalkar. Die Behauptung vom „konkurrenzlos billigen Atomstrom“ verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit. Keine der Voraussagen der Brüterplaner hat sich bis jetzt bewahrt.

Der Schnelle Brüter in Kalkar wird ca. das 30fache des ursprünglich angenommenen Preises kosten. Jeder Finanzplaner in der Wirtschaft wäre bei einer solchen Fehlkalkulation längst auf die Straße

gesetzt worden.

Was man uns schon alles versprochen hat – und was man wieder korrigiert hat:

Geplante		
Jahr	Kosten in DM	Fertigstellung
1965	335 Millionen	1973
1969	500 Millionen	1978
1972	1,7 Milliarden	
1977	2,8 Milliarden	1982
1980	3,4 Milliarden	
1981	5,4 Milliarden	1986
1982	10 Milliarden	1990
1983	?	?

Chronologie des Widerstands

Der Kampf gegen den Bau des Schnellen Brüters bei Kalkar ist auf mehreren juristischen Ebenen geführt worden.

Vorbereitende Bauarbeiten

Die Projektgesellschaft Schneller Brüter (PSB) forderte schon im Mai 1972, mit vorbereitenden Arbeiten zum Bau beginnen zu können, obgleich weder eine Baugenehmigung vorlag noch die Gesellschaft im Besitz des Baulandes war. Ein beträchtlicher Teil des benötigten Geländes gehörte der katholischen Kirchengemeinde von Kalkar-Hönnepel. Die Pächter des Kirchenlandes weigerten sich, diese Arbeiten zu dulden. Die 1. Duldungsanordnung konnte aufgrund eines Urteils des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 24.8.72 zurückgewiesen werden. Nach Beseitigung eines Kompetenzkonflikts mußten die Pächter nach einer 2. Duldungsanordnung ihren Widerstand aufgeben.

Protestkundgebung in Hönnepel

Am 24.1.72 versammelten sich Bürger aus der nahen und weiteren Umgebung im Dorfkrug von Hönnepel und diskutierten mit Spitzenvertretern der PSB in heftigem Pro und Contra. Die Betreiber waren nicht in der Lage, den Einwänden unseres Experten, Prof. K. Bechert, zu begegnen.

Nachdem Anfang Januar 1972 die Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft/Essen (vormals Projektgesellschaft Schneller Brüter) den Antrag auf Errichtung und Betrieb eines Kernkraftwerks bei Kalkar gestellt hatte, lagen die Unterlagen für 4 Wochen aus, um vom Bürger eingesehen werden zu können. Eine große Zahl von Einzel- und Sammeleinwendungen wurden beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (zusammen mit dem Wirtschaftsministerium Genehmigungsbehörde) eingereicht. Am 20.3.72 fand

Der Erörterungstermin

in der Stadthalle von Kleve statt. Der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft/Essen (SBK) wurden fast 100 Auflagen erteilt; dennoch erhielt sie am 18.12.72 die erste Teilerrichtungsgenehmigung und die Zustimmung für das Konzept und den Standort. Gleichzeitig wurde die sofortige Vollziehbarkeit angeordnet. Dadurch wurde die aufschiebende Wirkung der von Josef Maas termingerecht eingebrachten Klage gegen die 1. Teilgenehmigung unwirksam gemacht. Seitdem läuft

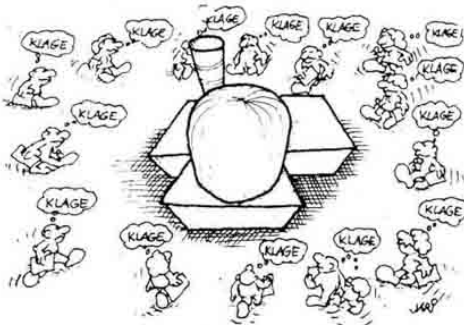
Die Klage von Bauer Maas

gegen die 1. Teilgenehmigung. Sie wurde am 30.2.73 beim Verwaltungsgericht Düsseldorf abgewiesen. Josef Maas ging sofort in die Berufung, die bis heute nicht entschieden ist.

Die Begründung der Berufungsklage machte große Schwierigkeiten. Nachdem Prof. Hinz (Bremen) unsere Vertretung 1976 niedergelegt hatte (da er keine Möglichkeiten zur Beschaffung nötiger Unterlagen sah), übernahm Rechtsanwalt de Witt aus Freiburg den Fall. Dr. Webb, ein Wissenschaftler aus den USA, unterstützte uns tatkräftig mit Gutachten. Nötige Unterstützung bekamen wir auch von den Niederländern jenseits der Grenze.

Der Berufungsprozeß-Termin

Der 18.8.77 brachte eine Überraschung. Es kam nicht zur Beweisaufnahme; das Richter-Kollegium des Oberverwaltungsgerichts Münster stellte die Beweisaufnahme zurück und erklärte, daß ihm angesichts der schwerwiegenden Folgewirkungen eines Einsatzes von Brütern, der damit verbundenen Plutoniumwirtschaft sowie der Möglichkeit eines Brüterunfalls nationalen Ausmaßes Bedenken über die Verfassungsmäßigkeit der derzeitigen Genehmigungspraxis gekommen seien. Sie bezweifelten die Geltung des Atomgesetzes für Schnelle Brüter. Das Bundesverfassungsgericht solle darüber entscheiden. Dieser Vorlage-Beschluß wurde vom Bundesverfassungsgericht angenommen und am 8.8.78 beantwortet. Die Veröffentlichung kam am 8.12.78.



In dieser Situation schien es angebracht, einen Baustopp zu beantragen, da nach unserer Meinung bis zur Antwort des Bundesverfassungsgerichts die Bautätigkeit nicht weitergeführt werden dürfe. Der Antrag auf Baustopp wurde am 23.1.78 gestellt, um die aufschiebende Wirkung der Klage wieder herzustellen. Er wurde abgelehnt.

Die Antwort des Bundesverfassungsgerichts und seine Folgen

Die Antwort des Bundesverfassungsgerichts auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster wurde am 8.8.78 beschlossen und stellte fest: Es bestünden keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Gültigkeit des Atomgesetzes von 1959 im Falle der Genehmigung des Schnellen Brüters. Unsicherheiten jenseits der Schwelle praktischer Vernunft hät-

ten ihre Ursache in den Grenzen menschlichen Erkenntnisvermögens, seien unvermeidbar und als „sozial adäquate Lasten“ zu tragen. Im übrigen sei es Sache des Gesetzgebers (des Bundestages), zu überprüfen, ob die Entscheidung, die in der Vergangenheit getroffen wurde, unter veränderten Bedingungen noch aufrechtzuerhalten sei.

Der Bundestag hat am 14.12.78 über den Weiterbau des Schnellen Brüters abgestimmt. Obwohl sechs FDP-Abgeordnete sich der Stimme enthielten, kam der Antrag der Koalition durch: Weiterbau des Brüters. Gleichzeitig wurde beschlossen, eine **Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“** einzusetzen, die die aufgeworfenen Fragen und Unsicherheiten untersuchen und behandeln sollte: Befürworter und Gegner, Mitglieder des Bundestages und Experten wurden in die Kommission berufen. Die Gegner des Schnellen Brüters waren in der Minderzahl!

Am 20.12.78 wurde die 3. Teilerrichtungsgenehmigung erteilt, am 10.6.80 eine 1. Ergänzung dazu, am 8.12.81 die 4. Teilerrichtungsgenehmigung. Die 5. und letzte Teilgenehmigung wird für das Frühjahr oder den Herbst dieses Jahres erwartet.

Die Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“

Die Arbeit der Kommission umfaßte in einer ersten Phase die Zeit von Mai 1979 bis zur Bundestagswahl vom 5.10.80. In einem zusammenfassenden Bericht kam die Kommission bezüglich der Inbetriebnahme des Brüters bei Kalkar zu keiner gemeinsamen Empfehlung. Die Kommission befaßte sich mit dem Schnellen Brüter SNR 300 nur unter dem Aspekt der Sicherheit. Sie beschloß eine Studie in Auftrag zu geben – „Risiko-Analyse zum SNR 300“.

Es wurde empfohlen, die Arbeit in der nächsten Legislaturperiode weiterzuführen. Bis Anfang 1981 war noch kein Beschluß des Bundestages zur Weiterführung der Kommission gefaßt worden. In dieser Situation sandte ich ein Schreiben an die Abgeordneten des Bundestages, das von der Landeskonferenz der BI/NRW, vom BBU, vom Landesvorstand DIE GRÜNEN, vom Bundesvorstand DIE GRÜNEN sowie von der ältesten Bürgerinitiative am Niederrhein, der „Interessengemeinschaft gegen radioaktive Verseuchung Kalkar“ mitunterzeichnet wurde. Das Schreiben forderte einen Beschluß auf Weiterarbeit der Kommission.

Immerhin begann die neue Kommission im Mai 1981 zu arbeiten; sie arbeitet

bis heute.

Die augenblickliche Situation

ist gekennzeichnet durch die Absicht der Befürworter, den Bürger gegen die Absicht des Atomgesetzes aus der Mitentscheidung möglichst herauszudrängen. Dazu forderte ein Bericht der Kernforschungszentrale Karlsruhe schon 1979 eine Abänderung des Atomgesetzes, um die lästige Bürgerbeteiligung bei den nachträglichen technischen Umrüstungen aufgrund gestiegener Sicherheitserfordernisse auszuschließen. Davon erhoffen sich die Atom-Manager die Einhaltung des Fertigstellungstermins. Es geht dabei nicht nur um Termine, sondern auch darum, daß die Erörterung nicht mit Sicherheit beherrschbare Risiken an den Tag bringen könnte.

Noch unklar ist, welche Empfehlungen die zweite Enquête-Kommission dem Bundestag gegenüber ausspricht. Jedenfalls wird er – wahrscheinlich im Oktober dieses Jahres – einen Beschluß zur Inbetriebnahme fassen. Inzwischen wird von den Betreibern höchster Druck ausgeübt auf die mit der Studie beschäftigten Wissenschaftler der „Forschergruppe Schneller Brüter“.

Der Schnelle Brüter ist inzwischen zu einem Politikum höchster Stufe geworden – ohne daß das den Bürgerinitiativen so recht bewußt geworden ist. Und dennoch ist es ein Erfolg der BIs.

Der Bürgerwiderstand um Kalkar

Am 11. Juni 1971 traten Bürger aus Xanten, Kleve, Kalkar und Moers zum ersten Mal in Kontakt mit der „Projektgesellschaft Schneller Brüter“. Das war im Hause des Pfarrers von Kalkar-Hönnepel. Zusammen mit dem Kirchenvorstand wurde über die Kaufabsicht von Kirchenland gesprochen. Dieser Tag ist der Gründungstag der „Interessengemeinschaft gegen radioaktive Verseuchung“. Nach der ersten Protestkundgebung befaßte sich die BI zunächst damit, den Verkauf von Kirchenland an die SBK zu verhindern. Mit Mehrheit hatte der Kirchenvorstand, gestützt durch die BI, den Verkauf verweigert. Schließlich schritt der Staat zur Enteignung. Der Kirchenvorstand klagte dagegen beim Verwaltungsgericht und nach Abweisung der Klage beim Oberverwaltungsgericht Münster. Weitergehende Schritte wollte in der Folge das Generalvikariat nicht mehr zulassen. Als der Kirchenvorstand aber dennoch bei seinem Protest gegen den Verkauf blieb, und sich auch durch die Möglichkeit, bei freihändigem Verkauf einen höheren Erlös zu erzielen, nicht davon abbringen ließ, wurde er kurzerhand vom Bischof von Münster als abgesetzt erklärt. Der Einspruch gegen die Absetzung wurde von den Behörden in Rom abgewiesen.

Demonstrationen

Es wurde immer deutlicher, daß gerichtliche Einsprüche allein uns nicht den Erfolg bringen konnten, den Schnellen Brüter zu verhindern.

Die Niederländer zeigten uns den weiteren Weg, als sie im Herbst 1974 mit 10.000 Leuten nach Kalkar kamen und gegen den Brüter protestierten. Deutsche waren nur wenige dabei. Inzwischen war aber der Widerstand an vielen Stellen auch in der Bundesrepublik aufgebrochen und hatte in Wyhl sogar zur Bauplatz-Besetzung geführt. Hier war die ganze Bevölkerung in Unruhe geraten.

Im September 1975 fand so eine wichtige Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar-Stadt und auf der Wiese des Bauern Maas statt. Es kamen zwar nur Hunderte, aber eine Tafel, die von der Straße aus zu sehen war, sagte deutlich, wogegen auch wir angetreten waren:

„Hier entsteht eine der gefährlichsten Schöpfungen von Menschenhand. Brüter erzeugen jährlich die Radioaktivität von Tausenden Hiroshima-Bomben. Dieses Risiko ist untragbar! – Schneller

Brüter: Mord an der Zukunft

Bürgeraktion Stop Kalkar“

Seitdem ist eine Kettenreaktion losgegangen. Immer mehr Leute forderten eine große Demonstration in Kalkar.

Im April 1977 wurde nach Moers zu einer vorbereitenden Versammlung eingeladen. Sie führte nach langen Beratungen in Kleve und in Duisburg zur großen Kundgebung vom 24. September 1977 in Kalkar und auf der Wiese von Bauer Maas. Die Beteiligung war international und infolge der großen Behinderungen spektakulär! Diese Demonstration war ein wichtiger Schritt im Widerstand der Anti-Atom-Bewegung gegen das bundesdeutsche Atomprogramm.

Die letzte wichtige Aktion: das „Stop-Kalkar-Fest“ Ende Juli letzten Jahres, das von etwa 2.000 Teilnehmern besucht wurde. Die Grünen NRW spielten dabei eine überaus wichtige Rolle bei der Organisation und Mobilisierung für diese Veranstaltung. Es wurde deutlich gemacht, daß der Schnelle Brüter und seine besondere Gefährlichkeit für das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung nicht angesichts anderer politischer Schwerpunkte vergessen werden darf! Gerda Degen

Grüner Brüter

Einige Unruhe herrscht im Raum Kalkar nach Bekanntgabe des Anfang 1982 vorgelegten neuen „Landesstraßenbedarfsplanes NRW“. Trotz leerer Haushaltskassen und Streichung vieler anderer Straßenbaumaßnahmen ist eine als „L 8“ deklarierte Zufahrtstraße in die Dringlichkeitsstufe I gerückt. Besorgnis bei den ortsansässigen Landwirten gibt es außerdem um die Umstände der sogenannten „Eingrünung“ des Brütters.

Am durchsichtigsten sind die Interessen beim Bau der neuen Zufahrtstraße zum Brüter. Wer einmal die engen und windungsreichen Straßen von Süden zum Brüter gefahren ist, wird den Zweck sofort erkennen: Hier soll offensichtlich eine schön breite, kreuzungsfreie Schnellstraße gebaut werden, die einen möglichst bequemen und reibungslosen An- und Abtransport der Brennelemente für den Todesbrüter gewährleistet. Im Volksmund gibt es auch schon einen entsprechenden Ausdruck dafür: „Plutoniumstraße“.

Weniger klar ist das Vorhaben der „Eingrünung“ des Brütters. Nach bisherigen Verlautbarungen schälen sich zwei Problembereiche heraus. Der erste ist die gartenbauliche Verschönerung des unmittelbaren Brütergeländes durch Rasenflächen, Sträucher usw. Vorschläge dazu werden zur Zeit von dem Aachener Professor Pflug ausgearbeitet.

Mehr Sorgen als diese geplante „Ästhetisierung“ des Brüter-Betonklotzes bereiten die Maßnahmen im Zuge des so-

genannten „landschaftspflegerischen Begleitplanes“ zum Brüter. Nach dem Bundesnaturschutzgesetz und dem Landschaftsschutzgesetz NRW sind die industriellen Großkraftwerksbauer verpflichtet, für ihren schwerwiegenden Eingriff in die Natur einen notwendigen ökologischen Ausgleich zu schaffen. Als vorbereitende Maßnahme dazu arbeitet eine Wissenschaftlergruppe – der u.a. wiederum Prof. Pflug angehört – ein ökologisches Gutachten aus. Als Konsequenzen daraus sind Begrünungen und Aufforstungen in einem Umkreis von 10 (!) km um den Brüter zu erwarten.

Warum die Sorge um die „Plutoniumstraße“ und die „Eingrünung“ des Brütters?

Zunächst einmal weckt natürlich jeder Plutoniumtransport bei den Anwohnern Befürchtungen. Darüber hinaus müssen die betroffenen Landwirte zwischen Emmerich, Kleve und Xanten aber auch mit Landverlust rechnen. Wahrscheinlich werden 13–14 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche verloren gehen. Damit werden die Landwirte in ihrer ökonomischen Grundlage beträchtlich getroffen. Sollen damit auch Brütergegner zur Aufgabe ihres Hofes gezwungen werden?

Gegen die geplante Plutoniumstraße haben die betroffenen Landwirte schon 1971 Einspruch erhoben. Auch auf die Eingrünung des Brütters muß ein waches Auge geworfen werden! Thomas Velten

Der Koloß von Kalkar

SPIEGEL-Redakteur Werner Meyer-Larsen über den Aberwitz der totalen Atomwirtschaft
DER SPIEGEL Nr. 43/1981

Die Idee

Die Buchstaben-Kombination SNR bedeutet Schneller Natriumgekühlter Reaktor, die Zahl 300 steht für die Stromerzeugungskapazität von 300 Megawatt: Mit dem flüssigen Metall Natrium wird die Reaktorhitze auf Erzeuger von Wasserdampf übertragen. Der Dampf treibt dann normale Generatoren zur Strom-Erzeugung an. Der Schnelle Brüter, so liest es sich in der Nukleartheorie, wird mit seiner ersten Ladung Kernbrennstoff irgendwann mehr spaltbares Material in Form von Plutonium „erbrüten“, als er selbst für die Stromerzeugung braucht.

Der Brüter SNR 300 soll mithin, nimmt man die Weltgeschichte für etwas weniger als unendlich, das sagenhafte Perpetuum mobile abgeben, den alten, unerfüllbaren Menschheitstraum.

Die Wirklichkeit

Wenn es soweit ist, wird die Plutonium-Verdoppelungszeit auch in den modernsten Brütern 50 Jahre betragen. Da ein Atomreaktor indes nur 20 bis 25 Jahre arbeiten kann, drohen die Brüder-Experimente das ganze strategische Konzept der Atom-Partei in Frage zu stellen: Wenn während der Lebenszeit eines Brüters kein zweiter versorgt werden kann, wird das System unwirtschaftlich. Ehe es weltweit läuft, würden Jahrhunderte vergehen.

Im Kalkar-Brüter schließlich, so die neuesten Erkenntnisse, ist die Brutrate dermaßen niedrig, daß die Verdoppelungsrate unendlich wird. Unendlichkeit gibt es aber nur in der Theologie und der Mathematik.

Absurd ist denn auch die gesamte weltweite Brüder-Strategie – zumindest, wenn die von ihren Erfindern ausgeplauderten Zahlen stimmen.

So errechnet der Brüder-Guro Wolf Häfele für das Jahr 2030 einen „Bedarf“ von 5000 Leichtwasser-Reaktoren der 1300 Megawatt-Klasse, die Schritt für Schritt von Brut-Reaktoren abgelöst werden.

Als Uran-Reserve hat Häfele die nirgends bewiesene Zahl von 20 Millionen Tonnen (drei Millionen Tonnen sind nachgewiesen) zur „Arbeitshypothese“ ernannt. Jede niedrigere Zahl nämlich hätte den Übergang von den verschwenderischen Leichtwasser-Reaktoren zum Brüder-Konzept von vornherein in Frage gestellt.

Zu den Kernkraftwerken, deren Zahl laut Häfele nach dem Jahre 2030 noch um weitere 10 000 erhöht werden müsse,

um das Öl zu ersetzen, kommen noch 50 Brennelemente-Fabriken, 50 Wiederaufarbeitungsanlagen, für deren Strombedarf nach französischem Muster jeweils allein vier Kernkraftwerke nötig sind, 300 Zwischenlager und 50 Endlager für das bescheidene 200 000 Jahre lang strahlende Material.

Der Kostenaufwand wird von dem Atom-Professor mit 40 000 Milliarden Dollar beziffert, eine Vier mit 13 Nullen. Das ist viermal soviel wie der Wert des gesamten Produktivvermögens der gegenwärtigen Welt. Mit diesem Aufwand werden dann nach Häfeles Atom-Staat-Konzept aber nur lächerliche 25 Prozent der Energieversorgung bestritten.

Die Kosten-Nutzen-Rechnung muß da reichen, müßte die Menschheit eine so gigantische Spar- und Investitionsleistung bringen, daß der Konsum drastisch zurückgehen würde. Doch wenn der Konsum zurückgeht, reduziert sich automatisch der Strombedarf des Konsumenten. Die Brüder wären dann gar nicht mehr nötig, es sei denn, zum Vollzug der Eigendynamik ihres Systems.

Absurd ist ein Brüderkonzept solcher Dimensionen noch aus einem anderen Grund: Die Brutreaktoren benötigen wegen des ständigen Neutronenbeschusses ihrer Kernteile die hochwertigsten Metall-Legierungen in riesenhafter Menge.

Diese an sich schon knappen Legierungen können außerhalb der Atomwirt-



schaft durch stetes Umschmelzen gestreckt werden (Recycling). Sowie sie aber aus dem Reaktorkern kommen, sind sie als extrem strahlendes Material für viele tausend Jahre dem Recycling entzogen.

Die totale Brüderwirtschaft muß also an der Grenze der Metallvorräte scheitern...

Edward Teller, „Vater“ der Wasserstoff-Bombe, drängt denn auch konsequent zum Ausstieg aus der Brüder-Technik: „Jeder vernünftige Mensch müßte den Brüder stoppen, bevor der erste ernsthaft anläuft.“

Der Stromgigant

Der RWE (Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerke)-Konzern, Hauptantreiber des Weiterbaus des Pleitebrüters, ist bei der inländischen Versorgung mit elektrischer Energie marktbeherrschend.

Der RWE-Konzern unterscheidet sich von anderen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) durch seine enorme Kapazität und räumliche Ausdehnung seines Versorgungsgebietes.

Dieses erstreckt sich bei der RWE-AG (= Stammunternehmen) von Nordrhein-Westfalen bis in die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland.

17 Unternehmen des RWE-Konzerns treten als Versorger auch in Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen auf. Des weiteren liefert das RWE in den letzten Jahren erhebliche Strommengen ins Ausland.

Die überragende Stellung des RWE auf dem Verbrauchermarkt beruht vor allem darauf, daß das RWE nahezu allein Zugang zur Braunkohle als der billigsten und wichtigsten Primärenergie für Strom besitzt. Außerdem hat das RWE auch einen besonders günstigen Zugang zur Atomenergie, während seine Abhängigkeit von Öl und Erdgas minimal ist. Im Urangeschäft versucht das RWE über Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften seinen Rohstoffnachschub bis zur Uranerzgrube zu sichern.

Aber selbst mit Stromerzeugung, Braunkohle und Uranerzgeschäften ist der RWE-Konzern noch nicht vollständig beschrieben. Weitere Aktivitäten steuern immerhin zusätzlich ein Fünftel des Umsatzes bei. Dazu gehört ein umfangreiches Ölgeschäft; eine Tochtergesellschaft sucht und fördert in der Nordsee sogar Erdgas;

indirekt ist das RWE auch an der Öl-explorationsfirma DEMINEX beteiligt. Eigene Tanker, Pipelines und Öllager ergänzen die Konzernaktivitäten mit dem schwarzen Gold.

Während so die Rohstoffe gesichert werden, gehört auch die Produktion von elektrischen Anlagen zum Programm. Chemie und Hoch- und Tiefbau sind weitere Bereiche, an denen das RWE beteiligt ist; z.B. mit mehr als einem Drittel bei der HOCHTIEF AG (neben Philipp Holzmann größtes Bauunternehmen in der BRD).

Kalkar 1982:

Nur die Kohlen stimmen

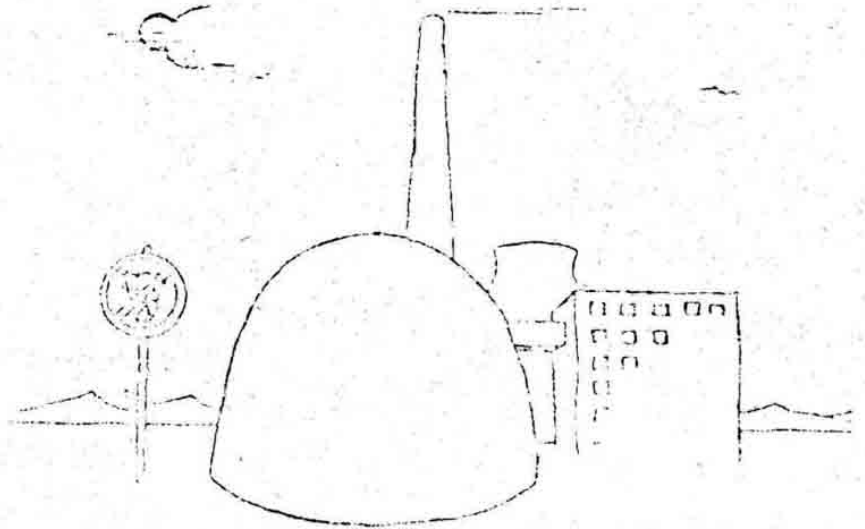
Nun hat das Bonner Brüten doch noch geholfen: Bundesregierung und Elektrizitätswirtschaft verständigten sich auf einen Finanzierungsmodus für den Schnellen Brüter in Kalkar. Jetzt müsse nur noch der Genehmigungsvorbehalt des Bundestages fallen, meinten die Vertreter der Elektrizitätswirtschaft, dann könne der SNR 300 – Schneller Natriumgekühlter Reaktor – ans Netz gehen. Doch ob die 300-Mega-Watt-„Demonstrationsanlage“ je ihre Leistung demonstrieren wird, ist so sicher nicht. Der Betonklotz am Niederrhein, einst auserkoren, Deutschlands Nukleartechnik an die Spitze des Fortschritts zu katapultieren, weist gravierende Schwächen auf. Es hapert mit der Sicherheit.

Der Brüter muß, will er eine Betriebsgenehmigung erhalten, so standfest sein, daß ihm weder ein Erdbeben noch der Absturz eines Flugzeuges noch die Explosion einer Gaswolke etwas anhaben können. Als Folge eines solchen Unfalles könnten weite, zum Teil dicht besiedelte Gebiete am Niederrhein radioaktiv verseucht werden. Daß die strengen Genehmigungsanforderungen keineswegs überflüssig sind, zeigen zwei Ereignisse:

- Als am 22. Oktober vergangenen Jahres nahe der holländischen Grenze ein britisches Jagdflugzeug vom Typ „Jaguar“ abstürzte, vergegenwärtigten sich die wenigsten, daß diese Absturzstelle nur Flugsekunden von der Baustelle des Brüters entfernt lag.

- Am 21. Dezember 1980 schlug das holländische Motortankschiff „Liguria“ in der Höhe der Ortschaft Vynen leck. Als dabei über 100 Tonnen explosives Styrol ausliefen, drohte die Explosion der freigesetzten Dämpfe. Zur Zündung der rheinabwärts Richtung Brüterbaustelle sich bewegenden Gaswolke, vor der im Rundfunk gewarnt wurde, hätte es nur eines Funkens bedurft.

In welchen Schwierigkeiten die Kalkarer Bauherren stecken, wurde erst vor kurzem bestätigt. Zwei Jahre lang ruhte in einem Schreibtisch beim Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) ein Gutachten, das nicht nur den Bundestag, sondern auch die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ interessiert hätte. Das Projektkomitee Schneller Brüter (in ihm arbeiten Experten der Kernforschungsanstalt Karlsruhe wie der Atomwirtschaft mit) hatte darin dem BMFT bereits am 13. Dezember 1980 mitgeteilt, der Brüterbau mache große Probleme. Vielleicht werde er nicht vor 1990 ans Netz gehen, würden die Kosten noch mehr steigen.



Befremdlich ist nicht nur, daß das BMFT dieses Gutachten den Bonner Parlamentariern vorenthielt; nachdenklich stimmt auch ein kleiner Passus, der jetzt zusammen mit anderen vom „Bonner Energiereport“ veröffentlicht wurde.

Um nämlich das Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, heißt es dort als Empfehlung: „Auf den **Flugzeugabsturz** als eigenständigen Lastfall für die Komponentenauslegung sollte verzichtet werden; die Abdeckung durch das relativ häufigere Sicherheitserdbeben sollte genügen.“

Auf den Flugzeugabsturz als „eigenständigen“ Lastfall zu verzichten, heißt aber auf den Nachweis zu verzichten, der Brüter werde den Absturz eines Flugzeuges oder das Aufprallen schwerer Triebwerksteile überstehen. Den Bauherren in Kalkar wäre die Umsetzung dieser Empfehlung recht; der Brüter ließe sich dann leichter genehmigen. Sie sind sich auch eines Sicherheitsdilemmas bewußt, von dem die Öffentlichkeit bislang noch kaum Notiz nahm: Kernkraftwerke – also auch den Schnellen Brüter – sicher gegen Erschütterungen auszulegen, wie sie von einem Erdbeben oder dem Absturz eines Flugzeuges ausgelöst werden, stößt auf grundlegende physikalische Schwierigkeiten.

Zwar läßt sich durch eine dicke Beton- und Stahlhülle verhindern, daß die tonnenschweren Triebwerksteile beim Aufprall die Außenhaut des Reaktors durchschlagen. Doch wie man jene induzierten Erschütterungen und Schwingungen bändigen will, die an Rohrleitungen und anderen sicherheitstechnisch relevanten Anlagen und Komponenten auftreten, bleibt fraglich.

Äußere Erschütterungen, die kurz und heftig, mit hoher Frequenz auftreten, regen die inneren Gewerke und sicherheitsrelevanten Teile zu Schwingungen an.

Man kennt das aus dem Alltag: Wer die Tür heftig zuschlägt, bringt die Gläser im Schrank zum Wackeln. In Atomreaktoren ist es nicht anders: Schwingungen, durch eine äußere Erschütterung ausgelöst, können Wände in Erregung versetzen, wenn deren Eigenresonanz getroffen wird. In Stahlträgern kann es zu inneren Strukturveränderungen kommen: Formveränderungen, die normalerweise zulässig sind, werden dann zu „Plastifizierungen“, die auch nach Ende der Schwingung nicht in die Ausgangslage zurückkehren.

Anders als beim Erdbeben, bei dem die äußere Erregung mit niedriger Frequenz ankommt – wenige Erdbebenwellen pro Sekunde nur –, muß deshalb für den Fall des Flugzeugabsturzes eine andere konstruktive Lösung gefunden werden. Ein Gebäude auf meterdicke Fundamentplatten zu stellen, die Wände dick und steif zu machen, kann zwar verhindern, daß ein Erdbeben Schaden anrichtet – weil das Gebäude dann wie ein Schiff auf dem unruhigen Untergrund „schwimmen“ kann –, doch solche Vorkehrungen halten die hochfrequenten Erschütterungen im Lastfall Flugzeugabsturz nicht zurück. Elastische Auflagekonstruktionen wären nötig, um solche hohe Schwingungen zu dämpfen.

Ob die Brüter-Bauer gegenüber dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales – der zuständigen Genehmigungsbehörde – für den SNR 300 den sicheren Nachweis liefern können, daß der Plutoniumbrüter gegen äußere Erschütterungen gefeit ist: Fachleute bezweifeln es. In Kalkar müßte sich eine kleine Heerschar von Ingenieuren um eine Lösung der Frage, was in dem 40 Meter hohen Reaktorgebäude passiert, wenn etwa eine tieffliegende Militärmaschine des Typs Phantom auf das äußere Containment trifft.

Allein die umfangreichen Computersimulationen, mit denen die Auswirkungen des Lastfalls Flugzeugabsturz durchgespielt werden, kosten 36 Millionen DM. Eine Investition, die besser für andere Zwecke ausgegeben werde, sagen Fachleute aus der Branche. Denn die Ergebnisse sind unsicher, und Auslegungsschwierigkeiten in Kalkar würden – so Insider – „weggerechnet“.

Des Problems Erdbeben hingegen entledigt man sich auf der Brüterbaustelle mit Beton- und Stahlmassen. Allein die Fundamentplatte hat einen Durchmesser von sechs Metern, einzelne Komponenten, wie zum Beispiel Reaktordrehdeckel, wiegen fast 500 Tonnen. Ganze Jahresproduktionen Stahl und Beton, so witzeln Ingenieure über das Geschäft mit Kalkar, haben ihren Weg zur Baustelle genommen. Abgerechnet wird am Ende nach Gewicht; die Firmen kommen bei dem „Blankoscheck“ für Stahlbeton auf ihre Kosten. Die US-amerikanischen Computerprogramme zur Berechnung des Lastfalls Erdbeben gehen von kalifornischen Bodenverhältnissen und amerikanischen Bautechnologien aus. Es muß jedoch gefragt werden, ob sich mit ihnen die Verhältnisse im erdbebengefährdeten Rheingraben simulieren lassen.

Ein Erdbeben, heißt es, könne nun den kompletten Brüter schütteln. Doch wenn auch die Gewerke jetzt steif und starr sind – wird im Inneren des Plutoniumerzeugers nun nichts mehr passieren können? Insiderinformationen zufolge wurden in Kalkar Stahlbühnen zwischen die Wände gebaut, starr und steif, die enorme Profile aufweisen. Diese Stahlbühnen, wie ein maßgeschneidertes Regal zwischen die Betonwände eingepaßt, tragen schwere Rohrleitungen; auf ihnen sind sicherheitstechnisch relevante Anlagenteile befestigt. Die Stahlbühnen gelten als statisch ruhend. Folglich verzichtete man darauf, eventuell auftretende Verschiebungen und Verzerrungen zu Wänden und Decken ausreichend zu berücksichtigen. Konsequenz: Dehnungsvorgänge, die als Folge thermischer Belastung auftreten, werden zu unkontrollierbaren Spannungen führen. Verankerungen von Stahlbühnen und Wänden mögen Temperaturdifferenzen von fünf Grad Celsius überstehen – eine Temperaturerhöhung um 45°C ist damit nicht zu bändigen.

Werden die Stahlbühnen starr und steif zwischen die Betonwände gebaut, entwickeln sich – wenn sich die Wände auch nur um Millimeter verschieben – enorme Kräfte, die notwendigerweise zu Schäden führen. Der sichere Einschluß radioaktiver Strahlung ist dann also nicht mehr zu gewährleisten.

Andererseits: Läßt man zwischen Stahlbühnen und Wänden Spielraum, weil durch thermische Veränderungen oder

äußere Erschütterungen Verschiebungen und Verzerrungen auftreten können, schafft man ein neues Problem. Eine solche Stahlbühne, durch äußeren Stoß angeregt, entfaltet eine Kraft, die wiederum nur schwer zu bändigen ist: Stahlbühnen und Wände können dabei zusammenkrachen. Kalkars Stahlbühnen sind nicht zu berechnen, sagen Fachleute – doch die Brüter-Bauer hüllen sich in Schweigen.

Kalkars Brüter bietet noch andere Probleme: Wie ist sicherheitstechnisch die Tatsache zu bewerten, daß das Reaktordruckgefäß durch großzügige Lagerung im Freien bereits Rost angesetzt hat? Rostige Stellen müssen abgeschliffen werden; damit ergibt sich aber die Notwendigkeit, Sicherheitsberechnungen zu erneuern. Andere festgestellte Schäden – auch von Haar-Rissen ist die Rede – erfordern Nachbearbeitung.

Die Strategie der Brüter-Bauer angesichts all dieser Schwierigkeiten bei der Auslegung des Reaktors erscheint da einleuchtend: Sie wollen eine Änderung der Genehmigungsvoraussetzungen. Ihre Empfehlung im Falle Kalkars, auf den Lastfall Flugzeugabsturz zu verzichten, muß so als Eingeständnis dafür gewertet werden, daß ein Nachweis, der Schnelle Brüter überstehe die Folgen eines Flugzeugabsturzes sicher, nicht zu führen ist. Wird das nordrhein-westfälische Ministerium für Arbeit und Soziales, als zuständige Genehmigungsbehörde, nun die nächste Teilerrichtungsgenehmigung verweigern? Kennen die Ministerialen überhaupt die Mißlichkeiten auf der Baustelle?

Bei Frankreichs Super-Phénix, einem 1200-MeWatt-Brutreaktor, der in Creys-



Malville im Rhonetal gebaut wird, könnten sie sich erkundigen. Die Computersimulationen zum Lastfall Flugzeugabsturz enden dort regelmäßig damit, daß im Rechenmodell die Befestigungen für Rohrleitungen und das Reaktordruckgefäß aus der Wand reißen.

Hier denkt man aber nicht daran, auf solche extremen Lastfälle zu verzichten – mit gutem Grund: Als am Abend des 18. Januar 1982 fünf Raketen auf die Hülle des Super-Phénix aufschlugen, abgeschossen von einer radikalen Gruppe, wurde schlagartig klar, kerntechnische Anlagen könnten Ziele terroristischer Aktivität

sein. Deshalb müssen die empfindlichen Reaktoren auch Sabotageakten widerstehen.

Bei uns sind die Genehmigungsbehörden wie der TÜV im Falle des SNR 300 zu gründlichen Prüfungen aufgefordert. Wenn die Brüter-Bauer sichere Nachweise nicht liefern können, darf es keine Betriebsgenehmigung geben. Man wird sich in der Branche nicht einmal mehr damit herausreden können, die Anforderungen im Genehmigungsverfahren seien widersprüchlich, also nicht erfüllbar.

Vorbild sollte die amerikanische Atombehörde NCR sein: Sie hob Anfang dieses Jahres die Betriebsgenehmigung für den kalifornischen 1100-MeWatt-Reaktor Diablo Canyon auf. Der Grund: Eine Beraterfirma hatte große Berechnungsfehler bei der Auslegung gegen Erdbeben entdeckt.

Gerd Billen

Der langsame Tod

des Schnellen Brüters

Mit diesem Titel hat der „Bonner Energie-Report“ kürzlich eine Sondernummer herausgebracht. In ihr wird dargestellt, warum der Schnelle Brüter viel mehr als 5,4 Milliarden DM kosten wird, warum er frühestens 1990 fertig sein kann und wie die Industrie Bundesregierung und Bundesforschungsministerium für ihre Interessen einspannt.

Die Broschüre ist erhältlich bei der BBU-Geschäftsstelle, Hellbergstr. 6, 75 Karlsruhe 21, Tel. 0721-574248.

Lieder für Bauer Maas

Seit Jahren führt der Bauer Maas einen Prozeß gegen den Bau des Schnellen Brüters. Dieser Prozeß hat bisher 150.000 DM gekostet. Eine Initiative von KKW-Gegnern bat Liedermacher und Gruppen, zu einer Langspielplatte beizutragen, deren Erlös zur Finanzierung der Gerichtskosten beitragen soll.

Bauer Maas/Lieder gegen Atomenergie. Mit Walter Mossmann, Schmetterlinge, Frank Baier, Manfred Jaspers, Tom Kannmacher, Mundwerk, Saitenwind, Fiedel Michel, Bruno und Klaus, Kladderadatsch.

Die LP kostet einschließlich eines 52-seitigen Textheftes 16,90 DM und ist bei Zweitausendeins-Versand, Postfach, 6000 Frankfurt erhältlich.

Brüter-Broschüre

Eine 40seitige Broschüre mit aktuellen Informationen zur Entwicklung um den Schnellen Brüter Kalkar ist bei Gerda Degen, Zahnstr. 23, 413 Moers, Tel. 02841-25475 erhältlich. Die Schrift ist für die deutschen und niederländischen Bürgerinitiativen am Niederrhein herausgegeben worden und kostet DM 2,50.